

PROJEKTHANDBUCH „DEINE STIMME ZÄHLT!“



**Kalkerinnen und Kalker in
Zusammenarbeit mit dem
Integrationshaus e.V.**

INHALTSVERZEICHNIS

Impressum	4
Warum wir dieses Projekt gemacht haben – und was wir dabei gelernt haben	5-12
1. Das Projekt	
1.2 Projektbeschreibung	13 - 29
1.2.1 Die Idee	
1.2.2 Ziele	
1.2.3 Zielgruppe	
1.2.4 Entwicklung des Projekts	
1.3 Rahmenbedingungen für den Projekttransfer	
1.3.1 Notwendige Kompetenzen	
1.3.2 Notwendige personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen	
1.4 Erste Schritte zur Umsetzung	
A. Aufräumaktionen im Stadtteil	
B. Bepflanzungsaktionen im Stadtteil	
C. Organisation von Nachbarschaftsflohmärkten	
D. Kleine Reparaturen als Nachbarschaftshilfe	



2. Projekttransfer

30

2.1 Nachmachen erwünscht – Konditionen für eine Übernahme des Projekts

2.1.1 Nutzung des Namens

2.1.2 Hinweis auf Projektgeber

2.1.3 Übertragbarkeit an Dritte

2.2 Leistungen des Projektgebers

2.3 Pflichten der Projektnehmer:innen

3. Projektvorgänge und Arbeitsabläufe

31

Anhang

32

Steckbrief Integrationshaus e.V.

Handlungsempfehlungen an die Stadt Köln



Impressum

Integrationshaus e.V.

Ottmar-Pohl-Platz 5

51103 Köln

T 0221 99745752

info@ihaus.org

Redaktion:

Elizaveta Khan

Oksana Drana

Redwan Ghiba

Ahmad Zaza

Das Projekthandbuch entstand im Rahmen des Vorhabens Stimme zählt. Politisch engagiert in Kalk" und wurde vom 01.07. - 31.12.2025 im Rahmen der Förderinitiative des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen zur politischen Beteiligung von Armutsbetroffenen in den Regionen des Landes NRW vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Gefördert vom

**Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen**



Vorwort

Warum wir dieses Projekt gemacht haben – und was wir dabei gelernt haben

„Das soziale Miteinander, die Gemeinschaft sind mir wichtig, die soll erhalten bleiben.“
Dieses Zitat von Manuela, einer Teilnehmerin unseres Projekts, verdeutlicht den Kern unseres Anliegens: den Zusammenhalt in unserem Stadtteil zu stärken und sicherzustellen, dass unsere Stimmen Gehör finden.

Die ursprüngliche Projektidee – und ihre Grenzen

Zu Beginn orientierten wir uns an der gängigen Vorstellung, dass eine demokratische Gesellschaft vom Engagement aller ihrer Bürger:innen lebt. Je freiheitlicher die gesellschaftliche Ordnung, so die Annahme, desto mehr sei die individuelle Verantwortung für das Gemeinwohl gefordert.

Im Projektverlauf erkannten wir jedoch: Diese Konzeption des Ehrenamts reproduziert eine neoliberale Logik, die strukturelle Ungleichheit individualisiert und die tatsächlichen Problemlagen von Menschen, die von Armut und Diskriminierung betroffen sind, systematisch ausblendet. Als Projektmitarbeitende, die selbst Armuts- und Diskriminierungserfahrungen gemacht haben, wissen wir aus eigener Erfahrung: Armut entsteht nicht durch mangelndes Engagement, sondern durch ungerechte Ressourcenverteilung, prekäre Arbeitsverhältnisse und systematischen Ausschluss.

Die dominante Individualisierung gesellschaftlicher Problemlagen – befördert durch Politik und Öffentlichkeit – führt zu zunehmender Desintegration und eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten, insbesondere im öffentlichen Diskurs. Wer kontinuierlich nur als „Problem“ wahrgenommen und einer bestimmten Gruppe zugeordnet wird, zieht sich aus gesellschaftlichen Zusammenhängen zurück. Unserer Gesellschaft fehlen dadurch die Stimmen derjenigen, die die Lebensrealität vor Ort kennen und aus deren Erfahrungen wir lernen könnten. Auch die Studie „Neue Beteiligung und alte Ungleichheit? Politische Partizipation marginalisierter Menschen“ hält fest: Bevölkerungsgruppen, die wenig kulturelles, soziales und finanzielles Kapital besitzen, werden durch institutionelle Strukturen von einer breiten Beteiligung ausgeschlossen. In Kombination mit Selbstausschlüssen aufgrund mangelnder Erfahrung von Selbstwirksamkeit in Partizipationsprozessen, führt dies zu Repräsentationsdefiziten unserer Demokratie und ihren Institutionen.



Das Vorurteil mangelnden Engagements

Es existiert das verbreitete Vorurteil, Menschen mit Armuts- und Diskriminierungserfahrungen würden sich weniger engagieren. Betrachtet man die durchschnittlichen Lebenslagen Engagierter in Deutschland, scheint sich dies statistisch zu bestätigen¹. Doch diese Perspektive verkennt die strukturellen Barrieren: Für diese Bevölkerungsgruppen ist der Anschluss an bestehende Beteiligungsformate erheblich erschwert, da dort überwiegend Menschen aktiv sind, die einer Erwerbsarbeit nachgehen und/oder dem Bildungsbürgertum angehören.

Unterschiedlicher Habitus, divergierende Umgangssprache, abweichende Themensetzungen sowie bürokratische Abläufe erschweren die Partizipation zusätzlich. Die Realität ist: Menschen in Armut verfügen nicht über die Ressourcen für ehrenamtliches Engagement – sie sind mit existenziellen Herausforderungen konfrontiert. Die erschwerte politische Teilhabe von Menschen mit Armuts- oder Migrationsgeschichte ist kein Problem mangelnder „Beteiligungsangebote“, sondern Ausdruck materieller Not: Wer nicht weiß, wie die Miete zu begleichen ist, wer in Schicht- oder Minijobs gefangen ist, wer keine Kinderbetreuung hat, kann nicht „niedrigschwellig partizipieren“. Die strukturellen Barrieren sind primär ökonomischer, nicht sprachlicher Natur.

Das zentrale Dilemma unserer Projektkonzeption

Wir hatten formuliert, Menschen zur Mitgestaltung ihres Lebensumfelds ermutigen zu wollen. Dabei war uns bereits bewusst: Das Problem ist nicht fehlender Mut, sondern fehlende Macht. Die Frage, die sich stellte: Warum sollten Betroffene ihre knappen zeitlichen und energetischen Ressourcen in Projekte investieren, statt für höhere Löhne, bezahlbare Mieten und ausreichende Sozialleistungen zu kämpfen?

Armut macht einsam – auf viele Arten

1. Materielle Ausgrenzung als soziale Isolation

„Ist das hier wirklich kostenlos, muss ich nichts bezahlen?“ fragte Ahmad besorgt. Armut erzwingt Isolation. Wer nicht über finanzielle Mittel für Café-Besuche, Kinobesuche oder gemeinsame Essen verfügt, zieht sich zurück. Soziale und kulturelle Teilhabe ist mit Kosten verbunden – und wer diese nicht aufbringen kann, verliert schrittweise den Anschluss an soziale Netzwerke und Gemeinschaften. Finanzielle Ressourcen fungieren als unsichtbare Eintrittskarte zur Gesellschaft.

¹ Vgl. Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt :

<https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/studienergebnisse/ungleiches-engagement-in-laendlichen-und-nicht-laendlichen-raeumen/>



2. Scham als Mechanismus des Schweigens

„Ich fahre nicht mit ins Ministerium, das ist nichts für mich“, sagte Sabine bestimmt. Menschen in Armut entwickeln eine internalisierte Scham, die sie daran hindert, ihre Perspektiven zu artikulieren. Die Befürchtung, als „ungebildet“, „unqualifiziert“ oder „selbstverschuldet arm“ wahrgenommen zu werden, führt zum Rückzug aus Diskussionen – nicht aus Desinteresse, sondern aus Angst vor Bloßstellung und der Sorge, eine „falsche“ Meinung zu vertreten.

3. Der Verlust der diskursiven Stimme

„Die interessieren sich vor Wahlen immer für uns, da stehen sie überall, verteilen ihre Flyer. Aber nach der Wahl sind wir vergessen“, beobachtet Ibtissam.

Menschen, die von Armut betroffen sind, werden aus gesellschaftlichen Debatten systematisch ausgeschlossen. In Talkshows, Parlamenten, Zeitungskommentaren und Social-Media-Diskursen fehlen die Stimmen derjenigen, die Armut unmittelbar erfahren. Stattdessen wird über sie gesprochen. Armut wird zum Objekt externer Interpretationen, nie zum Subjekt eigener Artikulation.

4. Kognitive Überlastung als Hindernis politischer Teilnahme

„Ich bin ständig erschöpft. Die Leute fragen: Warum bist du müde, du arbeitest doch nicht. Das stimmt. Aber ich bin chronisch krank, nehme viele Medikamente, bin oft bewegungsunfähig. Niemand will mich beschäftigen. Und dann die unzähligen Termine – ständig Briefe, Ämter, Nachweise. Das kostet immense Zeit und Kraft“, schildert Rainer seine Situation.

Armut bedeutet permanenten Stress: unbezahlte Rechnungen, Behördengänge, existenzielle Ängste. Diese kognitive und emotionale Überlastung entzieht die Energie für politisches Engagement. Wer täglich ums Überleben kämpft, verfügt nicht über Kapazitäten für Diskussionen über Steuerpolitik, Klimawandel oder demokratische Reformen – nicht aus Gleichgültigkeit, sondern aus Erschöpfung.

5. Sprachliche Codes als Exklusionsmechanismen

Gesellschaftliche Diskurse werden in einer Sprache geführt, die bestimmtes Bildungskapital voraussetzt: akademische Terminologie, politisches Vokabular, kulturelle Referenzen. Menschen ohne Zugang zu diesen Codes erleben Ausschluss und das Gefühl mangelnder Kompetenz. Die Sprache der „öffentlichen Debatte“ ist eine Klassensprache, die Teilhabe an Herkunft und Bildungshintergrund koppelt.



6. Fehlende Plattformen und diskursive Räume

„Warum sollte ich damit an die Öffentlichkeit gehen, dass ich wenig Geld habe? Wer will das hören? Und dann die unvermeidlichen Fragen nach dem Warum. Außerdem reden die anderen über Urlaub, Anschaffungen, Reisen – was soll ich dazu beitragen?“ fragt Mustafa resigniert.

Von Armut betroffene Menschen haben keinen Zugang zu den Orten, an denen gesellschaftliche Meinung formiert wird: keine Parteimitgliedschaften, keine Präsenz in Redaktionen oder auf Podien, keine Sichtbarkeit in sozialen Medien. Ihre Perspektiven bleiben privatisiert, werden nicht gehört, nicht ernst genommen, nicht als legitimer Bestandteil des gesellschaftlichen Diskurses anerkannt.

7. Die Ideologie der „Eigenverantwortung“ als Delegitimierung

Die dominante Narrative individueller Verantwortung für Lebenserfolg delegitimiert die Erfahrungen von Armut betroffener Menschen. Wer arm ist, habe angeblich „falsche Entscheidungen“ getroffen und verliere dadurch das Recht mitzureden. Diese moralische Abwertung wirkt als Zensur: Betroffene verinnerlichen die Botschaft, ihre Perspektiven seien wertlos, und schweigen.

8. Einsamkeit als politisches Resultat

„Ich beteilige mich nicht an Wahlen. Wozu? Es ändert sich ohnehin nichts. Die Politik agiert ausschließlich im Interesse bestimmter Gruppen“, konstatiert Claudia desillusioniert. Die durch Armut erzeugte Isolation führt zu Ohnmachtserfahrungen, die wiederum mangelhafte Organisation und geringe Sichtbarkeit zur Folge haben. Ein Kreislauf der Machtlosigkeit entsteht.

9. Der Entzug des Rechts auf Widerspruch

In einer Gesellschaft, die Armut individualisiert, verlieren Betroffene nicht nur materielle Ressourcen, sondern auch das Gefühl, legitim widersprechen zu dürfen. Sie wagen es nicht, öffentlich zu artikulieren: „Das System ist ungerecht.“ Stattdessen schweigen sie, zweifeln an sich selbst und akzeptieren ihre Ausgrenzung als persönliches Versagen. Ebenso haben Menschen, die von aktuellen Diskussionen aufgrund von fehlenden Informationen, verschiedenen Sprachfertigkeiten und aufgrund der Schnelllebigkeit und Verkürzung sowie falschen Informationen in den sozialen Medien den Eindruck, nicht mehr an Diskussionen „teilnehmen“ zu dürfen oder zu können. „Man kann ja nichts mehr sagen, ohne, dass es falsch verstanden wird“, ist eine Aussage, die viele Personen im Rahmen der Projektgespräche geäußert haben.



Unsere Erkenntnisse und deren Transfer

In unserem Projekt wollten wir lernen – als Betroffene, die gleichzeitig professionell an Veränderungen arbeiten. Die gewonnenen Erkenntnisse möchten wir mit diesem Projekttransfer teilen. Innerhalb von sechs Monaten haben wir Ideen umgesetzt, die funktioniert haben. Ob diese nachhaltig wirken, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beurteilen.

Bei den Handlungsempfehlungen haben wir den Schwerpunkt auf politische Entscheidungsträger:innen und Verwaltung gelegt, denn: Kein Projekt kann Armut verringern. Es braucht die Umverteilung von Reichtum, den Ausbau sozialer Infrastruktur und die konsequente Durchsetzung von Rechten. Es wäre aus unserer Sicht politisch und gesellschaftlich wünschenswert, Ungleichheiten entgegenzuwirken und so allen Menschen in Deutschland die gleichen Chancen der Teilhabe und Integration auch durch Engagement zu ermöglichen.

Die Herausforderung in sozialräumlich angelegten Projekten besteht darin, dass die kommunale Wirkmacht aufgrund des föderalen Systems beschränkt ist, und Entscheidungen lange brauchen, bis sie in der Praxis sichtbar werden. Wie schon in der Vergangenheit, müssen wir auch bei unserem Vorhaben feststellen: Alles, was wir in Verwaltung und Politik an Ideen und Kritiken weitergegeben haben, werden die meisten Projektbeteiligten nicht mehr im Rahmen der Zusammengänge des Vorhabens erleben, es sei denn, wir können einige Ansätze, die wir im Projekt entwickelt haben, verstetigen. Deswegen haben wir eine zusätzliche Handlungsempfehlung formuliert, die sich an uns alle, also an die gesamte Gesellschaft richtet: Wir brauchen die Vision einer zuhörenden, demokratisierenden Politik. Sie muss Räume schaffen – für vertrauensvollen Dialog, für wohlwollende Selbstreflexion, für kontinuierliches Lernen. In solchen Räumen üben wir das Zuhören im Alltag ein: das Zuhören gegenüber anderen und gegenüber uns selbst. So entsteht eine neue Kultur.

Unsere zentrale Erkenntnis lautet: Demokratische Teilhabe in von Armut und Desintegration geprägten Quartieren erfordert keine Ermutigung, sondern materielle Grundlagen – existenzsichernde Einkommen, bezahlbaren Wohnraum, kostenfreie Bildung und Gesundheitsversorgung. Gleichzeitig können Projekte in den Quartieren dazu beitragen, dass Menschen sich einbezogen fühlen, indem sie aktiv teilnehmen und selbst initiierte Aktivitäten umsetzen. Dies mag auf den ersten Blick nicht „politisch genug“ erscheinen – in Bezug auf formale Formate der politischen Beteiligung, und führt nicht zwangsläufig zu erhöhter Wahlbeteiligung.



Doch es bringt Menschen unterschiedlicher Lebenslagen zusammen. Wenn die Gestaltungsmacht an diejenigen übertragen wird, die im Quartier leben – und die in den meisten Fällen nicht über eine Ausbildung in Sozialer Arbeit verfügen – stärkt dies ihre Sichtbarkeit und fördert Selbstwirksamkeitserfahrungen. Und das ist die Basis für den weiteren Aufbau demokratischer Prozesse und des demokratischen Austauschs. Eine weitere Erkenntnis möchten wir gerne noch teilen. Unsere Ursprungsidee Kommunikationskanäle mit dem Titel „Kalker Parlament“ zu installieren, haben wir verworfen, denn wir haben festgestellt, dass es für die Menschen im Stadtteil zu politisch klingt, und politisch klingt nach Misstrauen. Der ursprüngliche Name „Kalker Parlament“ erwies sich also schon in den ersten Gesprächen als problematisch. Das Wort „Parlament“ war vielen zu politisch aufgeladen. Wir haben festgestellt: Viele Bewohner:innen haben das Vertrauen in den politischen Betrieb verloren oder haben zu wenig Informationen über die politischen Abläufe vor Ort, konnten zum Beispiel nach den Kommunalwahlen in den meisten Fällen nicht sagen, wer nun in der Bezirksvertretung sitzt, wer den Posten der Bezirksbürgermeisterin bekleidet etc.. Sie fühlen sich nicht repräsentiert, nicht gehört, von Versprechungen enttäuscht. Gleichzeitig sind sie konfrontiert mit Desinformation und Fake News, die gezielt Misstrauen schüren. Andere wiederum haben sich komplett aus politischen Zusammenhängen zurückgezogen und informieren sich gar nicht mehr über gesellschaftliche Entwicklungen – nicht aus Desinteresse, sondern aus Resignation und Überforderung. Ein Name wie „Kalker Parlament“ hätte diese Distanz möglicherweise verstärkt. Menschen hätten das Format als „von oben“ aufgesetzt, als Teil des Systems wahrgenommen, dem sie ohnehin nicht vertrauen. Der Name „Kalk Anzeiger“ hingegen ist vertraut, unprätentiös und alltäglich. Er erinnert an eine klassische Lokalzeitung – etwas, das Nähe signalisiert, das für alle da ist, das nicht belehrt, sondern informiert.

Eine weitere zentrale Erkenntnis können wir ziehen: Wir beobachteten einen großen Wunsch nach Gemeinschaft und Zusammenhalt. Die Pandemie hat die Individualisierung verstärkt. Viele Menschen haben sich aus Gemeinschaftsaktivitäten zurückgezogen. Gleichzeitig brechen traditionelle Gemeinschaftsorte weg – Religionsgemeinschaften, Bürgervereine, Kneipen. Die wahrgenommene gesellschaftliche Spaltung verstärkt diesen Effekt. Die Folgen sind deutlich: Einsamkeit nimmt zu. Resonanzräume verschwinden. Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen begegnen sich seltener oder gar nicht mehr. Gemeinsame Gestaltung vor Ort findet kaum statt. Initiativen werden weniger gestartet. Dadurch fehlen wichtige Übungsfelder: Der Umgang mit Unterschiedlichkeit wird nicht mehr erprobt. Diskussionsfähigkeit und Widerspruchstoleranz können nicht praktiziert werden.



Es wirkt zunächst paradox, denn in unserem Sozialraum gibt es viele spezialisierte Anlaufstellen: Wohnungslosenhilfe, Drogenkonsumräume, Kinder- und Jugendeinrichtungen, migrantische Organisationen. Doch konsumfreie Räume für zwanglose Begegnungen fehlen fast völlig. Es gibt kaum Orte, wo Menschen „einfach mal so“ zusammenkommen können – ohne konkretes Problem, ohne Zugehörigkeit zu einer bestimmten Zielgruppe. Selbst die vorhandenen Arbeitskreise richten sich an Professionelle und Engagierte. Sie sind thematisch eingegrenzt. Hinzu kommt ein Generationswechsel in den Bürgervereinen etc., von der sich die ältere Generation nicht mehr repräsentiert fühlt. Und es fehlen Engagierte, die Vereine aktiv halten, bei vielen vom Engagement getragenen Initiativen und Vereinen fehlen Menschen, die sich engagieren könnten, und die die Verantwortung bspw. als Vereinsvorsitzende übernehmen möchten oder können. In den Sozialräumen müssen wir deswegen konsumfreie Begegnungsräume schaffen. Diese sollten offen für alle sein – unabhängig von Problemlagen oder Zielgruppenzugehörigkeit. Solche Räume ermöglichen zwanglose Begegnungen, fördern Zusammenhalt und bieten Gelegenheiten, Unterschiedlichkeit im Alltag zu erleben und Demokratiefähigkeiten praktisch einzuüben.

Unser Fazit

Es geht darum, Menschen nicht als Hilfebedürftige wahrzunehmen und darzustellen, sondern als kompetente Mitstreiter:innen im Sozialraum. Diese Perspektive entspringt nicht theoretischer Überlegung, sondern unserer eigenen Erfahrung als Projektmitarbeitende, die selbst Armut und Diskriminierung erlebt haben und erfahren. Was alle unsere Aktivitäten verbindet: Sie setzen nicht bei abstrakten politischen Themen an, sondern bei konkreten, alltäglichen Anliegen. Sie schaffen unmittelbare Erfolgserlebnisse. Sie erfordern keine Vorkenntnisse, keine formalen Bildungsabschlüsse, kein Geld. Sie sind inklusiv. Gleichzeitig sind sie politisch – nicht trotz, sondern wegen ihrer Alltäglichkeit. Sie machen erfahrbar: Wir können etwas verändern. Wir sind nicht ohnmächtig. Wir haben Kompetenzen. Wir haben das Recht, unseren Lebensraum mitzugestalten. Diese Formate durchbrechen die Isolation, die Armut erzeugt. Sie schaffen Räume der Begegnung, der Anerkennung, der Solidarität. Und sie schaffen die Grundlage für weitergehende politische Teilhabe – denn wer erlebt hat, dass gemeinsames Handeln etwas bewirkt, traut sich auch zu, politische Forderungen zu stellen.



Das ist der Kern unseres Ansatzes: Nicht „Ermutigung“ von außen, sondern die Schaffung von Räumen, in denen Menschen ihre eigene Handlungsfähigkeit erfahren können. Nicht Belehrung, sondern gemeinsames Tun. Nicht Defizitorientierung, sondern Ressourcenorientierung. Nicht Wohltätigkeit, sondern Solidarität.

Zum Aufbau dieses Projekthandbuchs

Im vorliegenden Handbuch haben wir dokumentiert, welche Angebote aus unserem Projekt übertragbar sind und wie diese schrittweise umgesetzt werden können. Wir teilen unsere Erfahrungen, die identifizierten Gelingensbedingungen und möglichen Herausforderungen. Im Abschlussteil haben wir Handlungsanforderungen für Politik und Verwaltung formuliert.

Wir wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre und freuen uns auf Nachahmer:innen, die mit ihren eigenen Erfahrungen und Perspektiven diese Arbeit fortsetzen und weiterentwickeln.

Elizaveta Khan, Oksana Drana, Ahmad Zaza und Redwan Ghiba



1.2. Projektbeschreibung

1.2.1 Die Idee

Sinnvolles tun, sich einsetzen und etwas bewegen – diese Motivation erleben wir bei vielen Menschen. Wie kann Engagement für alle sichtbar und zugänglich werden? Indem wir Räume für Begegnung, Mitbestimmung und gemeinsames Handeln schaffen. Wir setzen uns damit für echte Teilhabe und eine demokratische Alltagskultur im Quartier ein. Damit wollen wir den Zusammenhalt vor Ort stärken, Barrieren abbauen, Begegnung fördern und Mut machen, sich einzubringen. So entsteht eine lebendige, solidarische Nachbarschaft, in der alle mitgestalten können, denn Demokratie ist, wenn alle mitmachen können.

Wir stellen fest: Es gibt das Vorurteil dass sich Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, Menschen, die mit einer Be_hinderung leben, Menschen mit Armutserfahrung wenig und nicht so stark engagieren. Und es ist für diese Bevölkerungsgruppen schwierig, Anschluss an die verschiedenen ehrenamtlichen Gruppen anzuschließen, weil dort in den meisten Fällen Menschen aktiv sind, die einer Erwerbsarbeit nachgehen und/oder aus dem Bildungsbürgertum kommen. Neben dem unterschiedlichen Habitus, der Umgangssprache aber auch durch die Themensetzung, die oft aus der Arbeitswelt kommen, kommen noch die Engagementzeiten und die zum Teil bürokratischen Abläufe im Engagement hinzu, die das Mitmachen erschweren. Auch die Individualisierung von Problemlagen, die sich durch Armut, Krankheit, Migration und Flucht ergeben, führt zur Desintegration und weniger Teilhabemöglichkeiten, letztendlich auch im öffentlichen Diskurs. Denn wer nur als „Problem“ gesehen wird und als Angehöriger einer bestimmten Gruppen, und nicht als Individuum mit einer einzigartigen Geschichte, mit Ideen für's Zusammenleben, mit Sorgen um das Zusammenleben, mit eigenen Netzwerken und Fähigkeiten, nimmt immer weniger an „Gesellschaft“ teil, und das fehlt. Uns fehlen Stimmen aus dem Leben vor Ort, von denen wir lernen können. Mit unserem Projekt möchten wir vor allem auch Zuneigung von und miteinander zeigen und unser Zusammenleben vor Ort wertschätzen.



1.2.2 Ziele

Hauptziele des Projekts

1. Stärkung demokratischer Teilhabe: Förderung der politischen Partizipation von Menschen mit Armuts- und Diskriminierungserfahrungen in einem sozial stark belasteten Quartier durch alltagsnahe Beteiligungsformate.
2. Partizipative Projektgestaltung: Einbindung von Projektmitarbeitenden, die selbst Armuts- und Diskriminierungserfahrungen haben
3. Förderung von Selbstwirksamkeit: Stärkung der Handlungsfähigkeit und des Selbstverständnisses von Bewohner:innen als kompetente Mitgestalter:innen ihres Sozialraums, nicht als Hilfebedürftige.
4. Entwicklung alternativer Beteiligungsformate: Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten im öffentlichen Raum und an Alltagsorten, die die Lebensrealität und Ressourcenlage der Zielgruppe berücksichtigen.
5. Stärkung des sozialen Zusammenhalts: Förderung des Gemeinschaftsgefühls und der Solidarität im Quartier durch gemeinsame Aktivitäten und Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Lebenslagen.
6. Wissensvermittlung und Empowerment: Bereitstellung politischer Informationen in direkter, verständlicher Sprache, die an die Lebenswelt der Bewohner:innen anknüpft.
7. Übertragbarkeit und Nachhaltigkeit: Entwicklung und Dokumentation von Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung, die auf andere sozial benachteiligte Quartiere in NRW übertragbar sind.

1.2.3 Zielgruppe

Unser Projekt richtet sich an erwachsene Menschen aus dem Stadtteil Kalk, die sich engagieren oder dies möchten – insbesondere an Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, von Armut betroffene, arbeitssuchende oder von Be_hinderung betroffene Personen, die bisher wenig sichtbar sind, aber aktiv mitgestalten wollen. Weitere Zielgruppen des Projekts sind:

- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus sozialen Einrichtungen
- Politiker:innen
- Verwaltungsmitarbeitende



1.2.4. Entwicklung des Projekts

Projekterfahrungen und strukturelle Erkenntnisse – „Deine Stimme zählt! Politisch engagiert in Kalk“

Im Rahmen des Projektes konnten wir von Armut- und Diskriminierungserfahrungen betroffene Menschen für soziale Teilhabe in Form von Engagementsaktivitäten vor Ort und der Gestaltung von Treffpunkten gewinnen. Insbesondere die Erfahrung der Selbstwirksamkeit und die Sichtbarkeit der Teilnehmenden als kompetente Mitgestalter:innen ihres Sozialraums stellen den größten Erfolg des Projektes dar. Mit zugänglichen Formaten im öffentlichen Raum und an Alltagsorten haben wir kontinuierlich neue Zugänge geschaffen. In Kooperation mit bestehenden Angeboten wie Beratungsstellen, Nachbarschaftstreffs und informellen Treffpunkten im Quartier haben wir auf unser Vorhaben aufmerksam gemacht und an unterschiedlichen Orten mehrsprachige Gesprächscafés initiiert. Weiterhin sprachen wir Menschen immer wieder für selbstinitiierte Aktionen an und konnten sie auch in laufende Aktivitäten einbinden. Im Projektzeitraum haben wir unterschiedliche Beteiligungsformate durchgeführt, gemeinsame Aktionen im Quartier umgesetzt und rund 60 Menschen zur aktiven Teilnahme ermutigen können.

Was haben wir konkret umgesetzt?

- **Stammtisch** in einer der Kneipen im Stadtteil, wozu vor allem die Engagierten der Bezirksvertretung eingeladen wurden. Damit wollten wir einen Austauschraum vor allem nach den Kommunalwahlen schaffen, der informell und ohne „Profilierungsdruck“ stattfinden konnte. Wir haben den Stammtisch an zwei Tagen in der Woche in den Abendstunden (ab 18 Uhr, Ende offen) organisiert. Der Stammtisch wurde je nach Tagen gut oder weniger gut besucht. Wichtig war die Kontinuität, also dass immer eine für den Stammtisch verantwortliche Person vor Ort war.
- **Mittwochsfrühstück** (9 – 12 Uhr): An jedem Mittwoch fand ein offenes Frühstückstreff statt, zu dem wir die Nachbarschaft und insbesondere Teilnehmende aus den Integrationskursen eingeladen haben. Damit konnten wir einen Rahmen für den gegenseitigen Austausch schaffen. Es gab von Seiten der Nachbarschaft viel Unwissen und auch Vorurteile gegenüber schutzsuchenden Menschen, die tatsächlich ausgeräumt werden konnten. Wichtig hierbei war auch, dass es nicht unter den Label „Integration“ stattfand, sondern als Nachbarschaftsfrühstück kommuniziert wurde. Einiger der Besucher:innen aus der Nachbarschaft meinten, dass sie sich bei anderen Veranstaltungen von uns nicht angesprochen gefühlt hatten, da wir ja was für Migrant:innen machen würde. Es hat sehr geholfen, dass eine Person mit kölscher Familiengeschichte dieses Frühstück organisierte.



Information zu kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten: Die zu Beginn angedachte Idee zu einem Öffentlichkeitskanal „Kalker Parlament“, haben wir nach den ersten Gesprächen verworfen, und stattdessen den Kanal „Kalk Anzeiger“ gewählt, in Anspielung an den Kölner Stadtanzeiger. Ein zentraler Grund für diese Entscheidung war die Beobachtung, dass lokale Redaktionen zunehmend ausgedünnt werden oder ganz verschwinden. Das Leben in den Stadtteilen wird in der überregionalen Berichterstattung kaum noch abgebildet – und wenn, dann fast ausschließlich unter der Perspektive von „Problemvierteln“. Die differenzierten Geschichten, die alltäglichen Erfahrungen, die Ressourcen und das Engagement der Bewohner:innen finden keinen Raum in der medialen Darstellung. Diese einseitige Berichterstattung verstärkt Stigmatisierung und trägt dazu bei, dass Menschen aus Kalk das Gefühl haben, ihre Lebensrealität werde nicht wahrgenommen – außer wenn es um Kriminalität, Verwahrlosung oder soziale Probleme geht. Der „Kalk Anzeiger“ soll diesem Narrativ etwas entgegensetzen: eine Berichterstattung aus dem Stadtteil, von Menschen aus dem Stadtteil, über die Themen, die hier wirklich relevant sind. In unseren Gesprächen wurde außerdem deutlich, dass der Wunsch nach lokalen Informationen weiterhin groß ist – und zwar auch in gedruckter Form. Nicht alle Bewohner:innen haben Zugang zu digitalen Medien oder nutzen diese regelmäßig. Eine gedruckte Quartierszeitung kann niedrigschwellig verteilt werden, liegt in Wartezimmern, Nachbarschaftstreffs und Cafés aus und erreicht so auch Menschen, die ansonsten wenig Zugang zu lokalen Informationen haben. Der „Kalk Anzeiger“ soll langfristig als Lokalzeitschrift etabliert werden, die regelmäßig über Entwicklungen im Stadtteil informiert, Veranstaltungen ankündigt, Bewohner:innen zu Wort kommen lässt und politische Entscheidungen verständlich einordnet. So soll eine Plattform entstehen, die lokale Themen aufgreift, politische Entscheidungen verständlich macht und gleichzeitig zeigt: Kalk ist mehr als ein „Problemviertel“. Kalk ist ein Ort, an dem Menschen leben, sich engagieren, Ideen entwickeln und Zukunft gestalten.

- **Gesprächsrunden in Innenhöfen:** Wir haben Gesprächsrunden direkt bei den Menschen vor Ort und mit Unterstützung von Sprachmittler:innen organisiert, so dass die Gespräche immer mehrsprachig stattfinden konnten. An Werktagen, zu Nachmittagsstunden, damit möglichst viele Bewohner:innen die Gelegenheit hatten teilzunehmen und auch viele Familien die Innenhöfe mit ihren Kindern nutzen, kamen wir mit einem Stehtisch, einer Flipchart, Getränken und kleinen Snacks in verschiedene Innenhöfe im Stadtteil und boten im den Menschen vertrauten Ort die Möglichkeit, ungezwungen miteinander ins Gespräch kommen – mit Nachbar:innen, die sie vielleicht nur vom Sehen kannten, aber auch mit uns als Projektteam.



Oft ging es um Alltagsfragen zum Zusammenleben im Stadtteil, aber auch um den Austausch von Ideen und Erfahrungen. Darum, gemeinsam zu überlegen, was den Stadtteil lebenswert machte und was fehlte. Es fiel oft Kritik an den Wohnverhältnissen (vor allem Schmutz), an fehlenden Angeboten zum Zusammenkommen.

- **Nachbarschaftsflohmärkte:** Durch die Organisation von monatlich stattfindenden Nachbarschaftsflohmärkten konnten der Gedanke des Miteinanders nochmals aufgegriffen werden. Die Idee gab es schon lange in der Nachbarschaft, aber es war nicht klar, wie das organisiert werden konnte. Der Projektträger übernahm die Anmeldung beim Ordnungsamt und kümmerte sich darum, dass Tische und Stühle für die Durchführung der Flohmärkte vorhanden waren. Den Rest übernahm eine Projektmitarbeiterin aus der Nachbarschaft. Sie konnte Personen ansprechen, die wir als Organisation nicht erreicht hätten, da wir aufgrund unserer Positionierung als migrantische Organisation gelesen werden, die vor allem Angebot für schutzsuchende Menschen und Migrant:innen vorenthält.
- **Kleine Reparaturen als Nachbarschaftshilfe:** Ein wichtiger Baustein des Projekts war die Organisation von Nachbarschaftshilfe in Form kleinerer Reparaturen. Anders als institutionalisierte Angebote setzte dieses Format auf direkte, unbürokratische Hilfe zwischen Nachbar:innen.
- **Aufräumaktionen im Stadtteil:** Im Projektverlauf haben wir regelmäßig gemeinsame Aufräumaktionen in verschiedenen Bereichen Kalks durchgeführt. Die Aktionen fanden vorwiegend an Wochenenden und in den Abendstunden statt und wurden über Aushänge und persönliche Ansprache bekannt gemacht. Sie wurden sehr positiv aufgenommen, aber der Effekt des Säubermachens verflüchtigte sich schnell, denn der Stadtteil ist sehr dicht bewohnt, und es entsteht sofort wieder Müll, sobald etwas weggeräumt ist. Hier braucht es eine strukturelle Umsetzung von den kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieben, die nachbarschaftlich organisierten Aktionen können aufzeigen, was jede einzelne Person tun kann, aber es löst nicht das Problem der Verschmutzung.
- **Bepflanzungsaktionen im Stadtteil:** Parallel zu den Aufräumaktionen haben wir Bepflanzungsprojekte initiiert, die wir zusammen mit unterschiedlichen Initiativen aus dem Stadtteil umgesetzt haben.



- Dabei sein: Die Projektmitarbeiterin war bei 90 % der Aktivitäten dabei, was eine über den Stellenumfang hinausgehendes Engagement bedeutete. Auch waren immer Sprachmittler:innen in unterschiedlichen Sprachen eingebunden, um den Kommunikationsfluss und Barrieren abzumildern. Das Engagement als Sprachmittler:innen ging einher mit dem Engagement vor Ort bspw. bei Saubermachaktionen. Denn alle Beteiligten wohnen im Sozialraum bzw. unmittelbar in der Nähe – so profitierten sie ebenso von Saubermachaktivitäten wie auch Bewohner:innen, die nicht eingebunden waren.

Empowerment statt Defizitorientierung

Unser Vorhaben setzte auf das Empowermentkonzept, was sich auch in der Wirkung der Projekteinhalte widerspiegelt. Selbstbefähigung und Stärkung der Eigenkräfte und der Kompetenzen standen im Projekt im Vordergrund. Bei an Defiziten ausgerichteten Konzepten wird die Zielgruppe einer Wahrnehmung unterzogen, die vor allem auf Schwächen, Mängel und Unfertigkeiten hinweist. Empowermentkonzepte haben einen anderen Fokus. Menschen werden nicht „nur“ als hilfebedürftige Personen wahrgenommen, sondern als Akteur:innen, die über Fähigkeiten und Expertise verfügen, ihr Lebensumfeld mitzugestalten. Insbesondere die Übertragung von Entscheidungsmacht durch die Anstellung von Armut und Diskriminierung betroffener Personen während der Projektlaufzeit, war wirkmächtig.

Wir haben festgestellt, dass vor allem das Selbstbewusstsein und der Glaube an die eigene Wirksamkeit gestärkt wurden, was wiederum dazu führte, dass die Mitmachende und Angesprochene sich auch in anderen Bereichen, insbesondere im Bereich der Arbeitssuche und im Umgang mit Behörden, selbstbewusster behaupten konnten. Auf der anderen Seite haben wir festgestellt, dass Vorurteile – sowohl bei den Teilnehmenden gegenüber politischen Institutionen als auch bei politischen Akteur:innen gegenüber vermeintlich nicht an Politik Interessierten – abgebaut werden konnten und es zu einem „Mehr am Miteinander“ zwischen Bewohner:innen und lokalen Entscheidungsträger:innen kam.



Vier strukturelle Herausforderungen, auf die wir gestoßen sind

1. Engagement braucht Räume, die konsumfrei und „anmeldefrei“ sind

Um das Miteinander zu gestalten und zu erleben, braucht es an Räumen, die konsumfrei und anmeldefrei aufgesucht werden können. Dabei müssen es nicht unbedingt immer feste Räume sein. Im Projektverlauf haben wir Treffpunkte an unterschiedlichen Orten umgesetzt, so dass immer auch unterschiedliche Menschen angesprochen werden konnten. Wichtig war aber, dass es keiner Anmeldung bedurfte, und es keine Konsumangebote gab, sondern die Menschen „einfach mal so“ und „einfach mal eben“ dazukommen und auch frei gewählt gehen konnten. Räume sind auch Vertrauensbasis, die den Zugang der Menschen zu Projekten als auch von Projektträgern zu Teilnehmenden erheblich erleichtert.

2. Engagement braucht Vertrauen, und feste Ansprechpersonen

Engagement ist kein rein organisatorischer Vorgang, sondern ein sozialer Prozess. Vertrauen bildet dessen Fundament, und feste Ansprechpersonen sind die tragenden Säulen, auf denen dieses Vertrauen aufgebaut und erhalten wird. Ohne sie bleibt Engagement oft punktuell und fragil – mit ihnen kann es wachsen und Bestand haben. Menschen engagieren sich dort, wo sie sich sicher, ernst genommen und wertgeschätzt fühlen. Vertrauen bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Absprachen eingehalten werden, dass Informationen transparent weitergegeben werden, dass Entscheidungen nachvollziehbar sind, und dass Fehler offen angesprochen werden dürfen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Ohne Vertrauen entsteht Unsicherheit. Diese Unsicherheit führt häufig dazu, dass sich Menschen zurückziehen, Verantwortung meiden oder ihr Engagement beenden. Vertrauen ist daher kein „weicher Faktor“, sondern eine zentrale Voraussetzung für langfristige Beteiligung. In der Praxis handelt es sich bei Vorhaben zur Engagementförderung und Beteiligung um Projekte mit einer begrenzten Laufzeit, was dazu führt, dass es mittel- und langfristig keine festen Ansprechpersonen gibt. Zeitlich befristete Projekte zur Engagementförderung sind also problematisch, weil sie kaum Raum für den Aufbau von Vertrauen und stabilen Beziehungen lassen. Wenn Projekte nach kurzer Zeit enden und Personalstellen befristet sind, fehlen feste Ansprechpersonen, die Beteiligte kontinuierlich begleiten. Dadurch entstehen Unsicherheit und Distanz: Anliegen müssen immer wieder neu erklärt werden, persönliche Bindungen können sich nicht entwickeln und Engagement bleibt oberflächlich. Besonders für neue Engagierte erschwert dies den Einstieg und erhöht die Abbruchquote. Mit dem Ende eines



Projekts gehen zudem Wissen, Netzwerke und gewachsenes Vertrauen verloren, sodass Engagementförderung immer wieder von vorne beginnt.

3. Traumatisierung und psychosoziale Belastungen erfordern professionelle Begleitung

Psychosoziale Belastungen und häufig auch traumatische Erfahrungen prägen den Alltag vieler Menschen, die von Armut betroffen sind, und erfordern eine professionelle Begleitung. Unsere Projektteilnehmenden leben oft in langanhaltend prekären Lebenslagen, sind mit existenziellen Sorgen, unsicheren Wohnverhältnissen, Überschuldung oder chronischen Erkrankungen konfrontiert und haben nicht selten Verluste von Stabilität, Beziehungen oder Zukunftsperspektiven erlebt. Weitere Projektbeteiligte haben durch Krieg, Flucht und Gewalterfahrungen traumatisierende Erfahrungen machen müssen. Diese Belastungen werden insbesondere in persönlichen Gesprächen und bei gemeinsamen Aktivitäten sichtbar.

Wir führen regelmäßig Reflexions- und Unterstützungsgespräche und bemühen uns, belastende Erfahrungen aufzufangen. Dennoch stoßen wir hierbei an fachliche Grenzen, da wir keine professionelle psychosoziale oder therapeutische Begleitung ersetzen können. Der Zugang zu barriereärmeren, kostenfreien oder kultursensiblen Unterstützungsangeboten ist für viele Betroffene schwer erreichbar oder mit langen Wartezeiten verbunden. Empfehlenswert ist es bei gemeinsamen Aktivitäten auch die Thematik von schwierigen psychosozialen Problemlagen und die Bewältigungsstrategien, die Beteiligte ggf. schon nutzen. Denn bei den verschiedenen gemeinschaftlich durchgeführten Gesprächen wurde auch über die aktuellen Kriegslagen, Krankheiten und Verluste gesprochen, was einerseits gegenseitige Stärkung und Empathie, aber auch Überforderung und Trauer auslöste.

4. Kommunales Engagement ist ehrenamtlich, was zu kleine Zeitfenstern für den Dialog mit Bürger:innen führt

Demokratieförderung in Form von Austausch zwischen Bürger:innen und politische Verantwortlichen ist notwendig und wichtig, stößt aber an Grenzen, denn dauerhafte Dialogprozesse, intensive Beziehungsarbeit und zeitnahe Reaktionen sind dafür erforderlich. Ohne ergänzende hauptamtliche Strukturen oder gesicherte Zeitressourcen bleibt der Dialog mit Bürger:innen oft zu kurz, zu selten und zu unverbindlich, um echte Beteiligung nachhaltig zu ermöglichen.

Kommunales politisches Engagement wird in weiten Teilen von Ehrenamtlichen getragen.



Für einen tragfähigen Dialog mit Bürger:innen sind jedoch ausreichend Zeit, Kontinuität und Verlässlichkeit notwendig. Gespräche müssen vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet werden; Anliegen benötigen Raum, um verstanden, eingeordnet und weiterverfolgt zu werden. In ehrenamtlichen Strukturen bleiben diese Prozesse oft auf kurze Zeitfenster beschränkt. Der Austausch findet dann punktuell statt, etwa in Sitzungen, Sprechstunden oder bei Veranstaltungen, ohne dass ausreichend Zeit für Vertiefung oder Beziehungspflege bleibt. Gerade Bürger:innen mit komplexen Anliegen, etwa in sozialen, finanziellen oder persönlichen Krisensituationen, benötigen mehr Zeit, Vertrauen und Wiederholung, um ihre Perspektiven einzubringen. Wenn Dialoge aus Zeitmangel abgebrochen oder auf formale Beiträge reduziert werden, besteht die Gefahr, dass sich Menschen nicht gehört fühlen oder sich ganz aus Beteiligungsprozessen zurückziehen. Beteiligung wird so ungleich: Wer schnell, sprachlich sicher und konfliktfrei kommunizieren kann, findet eher Gehör als Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf. Darüber hinaus erschwert die ehrenamtliche Struktur eine kontinuierliche Rückmeldung. Anliegen können nicht zeitnah bearbeitet werden, Absprachen verzögern sich und Verantwortlichkeiten bleiben unklar. Dies schwächt das Vertrauen in kommunale Beteiligungsformate und vermittelt den Eindruck, dass Dialog zwar gewünscht, aber strukturell nicht ausreichend ermöglicht wird.

In den folgenden Kapiteln haben wir die Aktivitäten zusammengefasst, von denen wir glauben, dass diese an unterschiedlichen Orten durchgeführt werden können. Die Herausforderungen werden weiterhin bestehen, und es werden sicherlich unterschiedliche Herangehensweisen im Umgang mit den Problemlagen vor Ort ausprobiert werden. Die beschriebenen Transferangebote verstehen sich als offene Anregungen, und können den Gegebenheiten vor Ort angepasst werden.

Projekttransfer und Weiterentwicklung

Wir hoffen, dass wir durch die Weitergabe des Projekts neue Erkenntnisse gewinnen und das Vorhaben mit anderen Organisationen, die dieses umsetzen, weiterentwickeln können. Besonders wichtig ist uns dabei die kritische Reflexion: Kein Projekt kann Armut bekämpfen – dafür braucht es strukturelle Veränderungen, Umverteilung und den Ausbau sozialer Infrastruktur. Aber Projekte können dazu beitragen, dass Menschen sichtbar werden, ihre Stimmen Gehör finden und politische Akteure für die Lebensrealität in benachteiligten Quartieren sensibilisiert werden.



1.3. Rahmenbedingungen für den Projekttransfer

Wir freuen uns, wenn andere Organisationen Aktivitäten aus dem Projekt übernehmen. In den folgenden Abschnitten erklären wir, welche Voraussetzungen hierfür notwendig sind, welche Unterstützung wir bei der Umsetzung des Projekts bieten und was wir im Gegenzug erwarten.

Basis für die Umsetzung des Vorhabens stellt die Bereitschaft dar, sich auf Neues einzulassen und die Fähigkeiten und Kompetenzen aller Projektbeteiligten auf der Basis eines Dialogs auf Augenhöhe zu fördern. Deswegen empfehlen wir, alle Projektmitarbeitenden von Anfang an in die Ausgestaltung einzubeziehen und je nach individueller Motivation, Möglichkeiten der Beteiligung zu schaffen.

1.3.1. Notwendige Kompetenzen

Das Einbinden von Personen aus den Nachbarschaften, Bewohner:innen, die von vielen erkannt werden, und die sich in der Nachbarschaft auskennen, ohne, dass sie eine formelle Rolle erfüllen, sind eine tragende Säule der Aktivitäten. Um diese für die Vorhaben zu gewinnen, braucht es einen Vertrauensaufbau. Sicherlich kennen Sie solche Personen, wir haben sie im Projekt „inoffizielle Quartiersmanager:innen“ genannt. Durch die langjährige Arbeit vor Ort, kannten wir sie schon vom Sehen und von kurzen Gesprächen, durch das Projekt konnten wir sie in tragende Rollen bringen, auch in Form von Honoraraufträgen und Minijobs, was eine gute Möglichkeit darstellte, sie von Beginn an in die Projektstrukturen einzubinden.

Eine weitere Voraussetzung für den Start der Projektaktivitäten sind bestehende Netzwerke zu Organisationen, Vereinen, Wohnungsbaugesellschaften und politischen Verantwortlichen als auch zur Verwaltung bzw. die Fähigkeit diese aufzubauen. Mit einer kleinen Recherche vor Ort und/oder im Internet können mögliche Ansprechpersonen eruiert werden.

1.3.2 Notwendige personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen

Die Umsetzung der Projektaktivitäten bedarf vor allem der Motivation der Anwohner:innen als auch der jeweiligen Ansprechpartner:innen in der Projektorganisation. Um eine der Motivation und den Bedürfnissen entsprechende und ressourcenorientierte Arbeitskonzeption für die Implementierung von Beteiligung und Engagement zu etablieren, sollten also Leitlinien entwickelt werden, an denen sich die Einbindung von möglichen Beteiligten orientiert.



In unserem Vorhaben sind folgende Punkte leittragend:

Personelle Ressourcen

Feste und „bekannte“ Ansprechpartner:innen in der Projektorganisation

- Gesamtkoordination der Projektabläufe
- Ansprechpartner:in für alle Projektbeteiligten
- Brückenbauer: Sowohl eigenes Engagement als auch Erfahrungswerte dienen als Vorbildfunktion, diese können beispielhaft in den Informationsveranstaltungen vorgestellt werden
- Passende Angebote entwickeln – orientiert an den konkreten Bedürfnissen der Beteiligten bspw.: Gemeinsames Frühstück der Nachbarschaft

Einbindung der Zielgruppe als personelle Ressource

Anstellung von Personen aus der „Zielgruppe“ für einzelne Aktivitäten im Projekt, bspw. die Organisation von Nachbarschaftsflohmärkten oder Stammtischen

Zeitliche Ressourcen

Meilensteine

- Projektphasen müssen im Vorfeld festgesteckt werden: Projektbeginn, Projektverlauf, Projektabschluss

Gemeinsame Besprechung der Aktionen vorab

- Zeit für Vor- und Nachgespräche der einzelnen Projektaktivitäten einplanen
- ggf. feste Zeiten zur Besprechung vorab festlegen



Finanzielle Ressourcen

Raum

- Es braucht einen Raum, wo Aktivitäten stattfinden können, eine Art Projektraum, in dem sich die Beteiligten wohl fühlen. Dieser kann sowohl für Teambesprechungen als auch für einzelne Aktivitäten genutzt werden. Es sollte möglichst ein Raum sein, der explizit für Engagement und Zusammenkommen angelegt ist, weniger ein Raum, in dem verschiedene Angebote stattfinden.

Budget für die Ausstattung (dies muss kein monetäres Budget sein, es kann auch Material von Kooperationspartner sein)

- Anschaffung von Material, das für die jeweiligen Aktivitäten benötigt wird (z.B. bei Verschönerungsaktionen im Wohnumfeld: Gartenwerkzeuge)

Budget für Kinderbetreuung

- Viele Migrant:innen und Schutzsuchende als auch Alleinerziehende verfügen, über kein oder nur über ein begrenztes Netzwerk (Nachbarn, Angehörige etc.), die sie bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützen. Um eine erfolgreiche Teilnahme von möglichst Vielen zu garantieren, sollte ein Kinderbetreuungsangebot für die Beteiligten gewährleistet werden.



Budget für Sprachmittlung

- Viele Migrant:innen und Schutzsuchende verfügen noch nicht über ausreichende Sprachkenntnisse in der deutschen Sprache, um an Projektaktivitäten teilzunehmen und alle Informationen nachzuvollziehen. sollten Sprachmittler:innen in die einzelnen Aktivitäten eingebunden werden. Gleichzeitig bedeutet die Einbindung von Sprachmittler:innen ein ressourcenorientiertes Arbeiten und die Wertschätzung von Mehrsprachigkeit.

1.4 Erste Schritte zur Umsetzung

Im Projekt durchgeführte Aktivitäten, die sich für den Transfer eignen:

1. Aufräumaktionen im Stadtteil

Im Projektverlauf haben wir regelmäßig gemeinsame Aufräumaktionen in verschiedenen Bereichen Kalks durchgeführt. Die Aktionen fanden vorwiegend an Wochenenden statt und wurden über Aushänge, persönliche Ansprache und soziale Medien bekannt gemacht.

Konkrete Umsetzung:

- Aufräumaktionen in Parks, auf Spielplätzen , Straßenzügen und an öffentlichen Plätzen
- Bereitstellung von Materialien (Müllsäcke, Handschuhe, Greifzangen) durch das Projekt in Kooperation mit den kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieben
- Gemeinsames Frühstück oder Kaffeetrinken nach der Aktion als sozialer Treffpunkt
- Durchschnittlich 10-20 Teilnehmende pro Aktion



Erfahrungen und Erkenntnisse: Die Aufräumaktionen erwiesen sich als idealer Einstieg. Teilnehmende, die zunächst skeptisch waren, sich an „politischen“ Formaten zu beteiligen, kamen zu den Aufräumaktionen und blieben oft für das gemeinsame Frühstück oder und den anschließenden Kaffee. Hier entstanden erste Gespräche über die Zustände im Stadtteil: „Warum liegt hier eigentlich so viel Müll?“, „Warum werden die Mülleimer nicht öfter geleert?“, „Warum kümmert sich niemand um diesen Spielplatz?“

Aus diesen Gesprächen entwickelte sich bei einigen Teilnehmenden der Wunsch, die Probleme nicht nur selbst zu beheben, sondern an die zuständigen Stellen heranzutragen. Einige Teilnehmende formulierten daraufhin Beschwerden an das Ordnungsamt oder nahmen an späteren Gesprächen mit Bezirksvertreter:innen teil.



B. Bepflanzungsaktionen im Stadtteil

Parallel zu den Aufräumaktionen haben wir Bepflanzungsprojekte initiiert, bei dem Baumscheiben in Kooperation mit den bestehenden Initiativen und teilweise Geschäftsinhaber:innen umgesetzt wurden:

Konkrete Umsetzung:

- Begrünung von Baumscheiben entlang stark befahrener Straßen
- Beschaffung von Pflanzen, Erde und Materialien über Spenden und Projektmittel
- Einrichtung eines „Gießdienstes“ durch freiwillige Teilnehmende

Erfahrungen und Erkenntnisse: Die Bepflanzungsaktionen sprachen besonders Menschen an, die bereits Gartenerfahrung aus ihren Herkunftsländern oder aus früheren Lebensphasen mitbrachten. Hier konnten sie ihre Expertise einbringen und wurden als kompetent wahrgenommen – eine wichtige Erfahrung für Menschen, die sonst häufig als „hilfebedürftig“ stigmatisiert werden. Eine ältere Teilnehmerin sagte: „Wenn ich hier bin und mich um die Pflanzen kümmere, fühle ich mich nicht mehr so allein. Und die Leute sehen: Ich kann was.“

Herausforderungen: Vandalismus und Verschmutzung der Beete fand und findet statt, dagegen kommen wir leider nicht an. Und wir sind gespannt, ob die kontinuierliche Pflege erhalten werden kann.

C. Organisation von Nachbarschaftsflohmärkten

Parallel zu den Aufräumaktionen haben wir Nachbarschaftsflohmärkte organisiert, die in Kooperation mit bestehenden Initiativen und teilweise Anwohner:innen umgesetzt wurden.

Konkrete Umsetzung:

- Organisation regelmäßiger Flohmarkttermine auf öffentlichen Plätzen oder in Straßen des Viertels
- Koordination der Standvergabe und Bereitstellung von Tischen über Spenden und Projektmittel
- Mobilisierung der Nachbarschaft durch Aushänge, soziale Medien und persönliche Ansprache
- Einrichtung eines Organisationsteams aus freiwilligen Teilnehmenden



Erfahrungen und Erkenntnisse: Die Flohmärkte sprachen besonders Menschen an, die bereits Verkaufserfahrung aus ihren Herkunftsländern oder aus früheren Lebensphasen mitbrachten. Hier konnten sie ihre Expertise einbringen und wurden als kompetent wahrgenommen – eine wichtige Erfahrung für Menschen, die sonst häufig als „hilfebedürftig“ stigmatisiert werden. Eine ältere Teilnehmerin sagte: „Wenn ich hier bin und mit den Leuten ins Gespräch komme, fühle ich mich nicht mehr so allein. Und die Nachbarn sehen: Ich kann was.“

Herausforderungen: Wetterabhängigkeit und unregelmäßige Beteiligung stellten Schwierigkeiten dar, dagegen kommen wir leider nicht immer an. Und wir sind gespannt, ob das Engagement langfristig erhalten werden kann.

D. Kleine Reparaturen als Nachbarschaftshilfe

Initiierung einer flexibler Nachbarschaftshilfe für kleinere Reparaturen.

Konkrete Umsetzung:

- Schwerpunkte: Fahrradreparaturen, Näharbeiten, kleine Elektroreparaturen, Möbelreparaturen
- Einbindung von Teilnehmenden mit handwerklichen Kenntnissen als „Expert:innen“
- Bereitstellung von Werkzeugen und Materialien durch das Projekt
- Flexible Nachbarschaftshilfe bei dringenden Reparaturen (z.B. kaputtes Fahrrad vor wichtigem Termin)

Erfahrungen und Erkenntnisse: Die Nachbarschaftshilfe entwickelte sich aus der Not heraus, da es Menschen aus gesundheitlichen, finanziellen und anderen Gründen nicht möglich war, kleine Reparaturen in ihren Wohnräumen oder an Fahrrädern zu bewerkstelligen. Die praktische Hilfe durch ihnen vorher nicht bekannte Menschen war konkret, und deswegen erfolgreich. Besonders wertvoll war die Umkehrung von Rollen: Menschen, die sonst als „hilfebedürftig“ galten, wurden hier zu Helfer:innen. Ein Teilnehmer, der seit Jahren arbeitslos war, reparierte Fahrräder und wurde von anderen als "unser Fahrradexperte" angesprochen.



Eine Teilnehmerin, die professionell Schneiderin gewesen war, nähte und sagte: „Das habe ich so vermisst, das Nähen und das Reparieren.“ Die Nachbarschaftshilfe funktionierte über persönliche Netzwerke: „Kennst du jemanden, der sich mit Elektrik auskennt?“ – „Ja, ich frag mal den Ahmed, der kann das.“ Die „Reparaturtermine“ wurden begleitet, denn es braucht auch Vertrauen, Menschen in die eigenen Wohnräume zu lassen, nicht nur aus Sorge vor Diebstahl, sondern auch aus Scham über die Wohnverhältnisse. In den meisten Fällen brauchen die Menschen die zu reparierenden Sachen in den Projektraum, bei Reparaturen von Möbeln und kleinen Reparaturarbeiten an Wänden etc., war das Projektteam mit dabei. Herausforderungen: Manche Reparaturen waren zu komplex oder erforderten Ersatzteile, die nicht verfügbar waren. Das führte gelegentlich zu Frustration. Wichtig war die klare Kommunikation: Wir können nicht alles reparieren, aber wir versuchen es gemeinsam. Die Werkzeugausstattung musste nach und nach erweitert werden, weswegen die jeweiligen Reparaturfälle auch länger brauchten. Gelegentlich gab es Unklarheiten über Verantwortlichkeiten: Ist es ein gemeinschaftliches Angebot oder sind manche Menschen „zuständig“?

Verbindende Elemente und Synergien

Alle vier Formate wurden bewusst nicht isoliert durchgeführt, sondern waren Teil eines Gesamtkonzepts. Teilnehmende, die bei Aufräumaktionen dabei waren, kamen später zu anderen Aktivitäten dazu. Menschen, die beim Bepflanzen halfen, engagierten sich anschließend in anderen Bereichen.

Nach jeder Aktivität gab es einen informellen sozialen Teil – gemeinsames Essen, Kaffeetrinken, Zeit zum Reden. Hier entstanden die wichtigsten Gespräche, hier wurden Beziehungen aufgebaut, hier wuchs Vertrauen.

Aus diesen alltäglichen Aktivitäten entwickelten sich schrittweise politische Forderungen und weitergehendes Engagement – genau so, wie wir es erhofft hatten.



2.1. Nachmachen erwünscht - Konditionen für eine Übernahme des Projekts

Die Weiterführung und Weiterentwicklung der Projektidee kann von allen Projektbeteiligten aktiv angegangen werden; die Projektnehmer:innen und Projektgeber agieren dabei unabhängig voneinander und haften nicht für das Verhalten des jeweils anderen.

2.1.1. Nutzung des Namens

„Deine Stimme zählt – Engagiert in ...“

2.1.2. Hinweis auf Projektgeber

Es wird darum gebeten, folgenden Hinweis bei Veröffentlichungen oder anderen Öffentlichkeitsaktionen, aufzunehmen: „Die Projektidee wurde von Integrationshaus e.V. in Köln 2025 entwickelt.“

2.1.3. Übertragbarkeit an Dritte

Das Handbuch kann allen Beteiligten vor Ort zur Verfügung gestellt werden.

2.2. Leistungen des Projektgebers

- Weiterentwicklung des Projekts
- Weitergabe von relevantem Wissen in Form des Projekthandbuchs; Beratungen und Schulungen vor Ort können nach Absprache organisiert werden.
- Öffentlichkeitsarbeit: Der Projektgeber wird die Projektnehmer:innen im Zusammenhang der Öffentlichkeitsarbeit zum Projekt einbeziehen.

2.3. Pflichten der Projektnehmer:innen

- Übernahme des Projekts nach den vorgeschlagenen Projektvorgängen.
- Durchführung lokaler Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising-Aktivitäten für das jeweilige Projekt.



3. Projektvorgänge und Arbeitsabläufe

I. Bedarf ermitteln

Zunächst einmal sollte überlegt werden, warum das Interesse am Projekt besteht und was durch das Projekt erreicht werden soll.

II. Netzwerke knüpfen

Wenn die Entscheidung für die Projektrealisierung gefallen ist, ist Netzwerken gefragt. Stellen Sie Kontakt zu Nachbarschaftsvereinen und Initiativen vor Ort her, und eruieren, ob eine Umsetzung einzelner Aktivitäten oder des „Gesamtprojektes“ umsetzbar wäre.

III. Öffentlichkeitsarbeit

Um das Projekt mit „Leben“ zu füllen, müssen Menschen und Organisationen für die praktische Umsetzung gewonnen werden. Es müssen zwei Zielgruppen angesprochen werden:

- Am Mitmachen interessierte Bewohner:innen und „Besucher:innen“ des Sozialtraumes, bspw. Teilnehmende an Integrationskursen
- soziale Organisationen, Nachbarschaftsinitiativen, die als Kooperationspartner fungieren
- Kommunalpolitik, die an Austauschtreffen und Dialogformaten teilnimmt

IV. Durchführung von Aktionen im Sozialraum

Nach ersten Projekttreffen und der Einbindung von Beteiligten, können die einzelnen Aktivitäten besprochen und die praktische Umsetzung nun geplant werden.

Wichtige Punkte:

- Was soll gemacht werden?
- Zeitraum der Aktivität?
- Wann soll das passieren, wann startet die Aktivität?
- Personalbedarf?
- Welche Kompetenzen werden benötigt?
- Welches Material (bspw. Werkzeug etc.) wird für die Umsetzung benötigt?
- Entstehen Kosten? Wenn ja, wer finanziert die Aktion?
- Wer begleitet die Aktion?

V. Begleitung und Beratung

Sowohl vor, als auch während und nach den Aktivitäten sollten Gespräche mit allen Beteiligten geführt werden, um Erfolge als auch Probleme festzustellen und entsprechend früh notwendig gewordene Veränderungen anzugehen.





ANHANG

Steckbrief: Integrationshaus e.V.

Idee

Unsere Einrichtung „Integrationshaus e.V.“ ist eine Migrantenorganisation und beteiligt sich aktiv an der Gestaltung der Lebenswelten und möchte damit zu mehr Partizipation von Migrant_innen am gesellschaftlichen Leben beitragen. Der Verein versteht sich als Begegnungs-Aktivitäts-Selbstgestaltungs-Raum, der es allen Interessierten ermöglicht, mit ihren jeweiligen Ressourcen, Lebenswirklichkeiten und Ideen die Gegenwart und die Zukunft zu gestalten, ohne die Vergangenheit zu vergessen. Das Integrationshaus setzt sich für eine tolerante und demokratische Gesellschaft ein - für Teilhabechancen und Fairness von möglichst Vielen an möglichst Vielem.

Wir sind eine für alle Interessierte offene Einrichtung, die durch Bildungsangebote, die Unterstützung und Beratung und die Förderung der Begegnung, ein Forum bietet, Integrationsprozesse als eine die ganze Gesellschaft betreffende Aufgabe aufzugreifen und diese gemeinsam, engagiert und mit Herz, Verstand und Freude anzugehen und zu gestalten.

Aufgabengebiete

1. Individuelle Ebene:

Wir beraten Menschen in verschiedenen Lebenssituationen und wenn möglich in verschiedenen Sprachen. Wir bieten Sprachkurse und andere Programme an, die den Spracherwerb fördern. In den meisten Fällen umfasst unser Angebot auch Kinderbetreuung, und es ist uns wichtig, dass vor allem Frauen an den Bildungsprogrammen teilnehmen können. Wir arbeiten nach dem EmpowermentKonzept und wollen Menschen ermutigen, ihren eigenen Lebensweg zu bestimmen.

2. Institutionelle Ebene:

Wir setzen verschiedene bildungspolitische Angebote um, führen Workshops durch, schreiben Handreichungen für Praktiker:innen und beteiligen uns an verschiedenen Arbeitsgruppen. Darüber hinaus sind wir Kooperationspartner in verschiedenen Projekten und Netzwerkpartner in verschiedenen Allianzen. Wir unterstützen insbesondere nicht-formale Initiativen, um den Zugang zu Ressourcen, insbesondere für junge Menschen, zu erleichtern.

Unser Motto

"[...] Solidarität ist eine Form von Liebe, die sich einstellt, wenn ihr Menschen begreift, dass ihr alle gleich viel wert, aber nicht gleichartig seid. Und wenn ihr beginnt, euch an diesen Unterschieden zu freuen, anstatt sie zu fürchten. Trotzdem seid ihr euch so ähnlich, in eurer Verletzlichkeit, einem Mangel, eurer Sehnsucht. Durch diese Einsicht entsteht Achtung. Und Mitgefühl. [...] Ihr habt nur einander. Das Leben ist kurz." (Ariadne von Shirach: "Was ist Ihre Wahrheit über die Liebe", Zeitmagazin, Nr. 52, 19.12.2013, S. 30.)

Kontakt

Ottmar-Pohl-Platz 5

51103 Köln

Tel: 0221-99745753

E-Mail: info@ihaus.org

Internetpräsenz: <https://ihaus.org/>

In-Haus Radio: www.inhausradio.de

RESIST: <https://resist.ihaus.org/>

Desintegration: <https://desintegration.ihaus.org/>

Queer TV: <https://queertv.ihaus.org/>

Youtube: www.youtube.com/user/Integrationshaus

Facebook: www.facebook.com/inhaus.org/

Instagram: https://www.instagram.com/inhaus_ev/?hl=de



Handlungsempfehlungen an die Stadt Köln

Soziale Ungleichheit und Armut abmildern – Erkenntnisse aus dem Projekt „Deine Stimme zählt!“

Die folgenden Empfehlungen basieren auf den konkreten Erfahrungen des Projekts „Deine Stimme zählt!“ im Stadtteil Kalk. Das Projektteam – bestehend aus Menschen mit eigenen Armuts- und Diskriminierungserfahrungen – hat in sechs Monaten unterschiedliche Menschen aus dem Quartier durch verschiedene Angebote erreicht und wichtige strukturelle Erkenntnisse gewonnen. Diese Empfehlungen richten sich an die Stadt Köln, die Bezirksvertretung Kalk sowie die zuständigen Fachämter. Sie verstehen sich nicht als Kritik am Engagement der Handelnden, sondern als konstruktiver Beitrag aus der gelebten Praxis vor Ort.

Grundsatz: Kein Projekt und kein Ehrenamt kann Armut bekämpfen. Was es braucht, ist politischer Wille zur Umverteilung, zum Ausbau sozialer Infrastruktur und zur konsequenten Durchsetzung von Rechten. Die folgenden Empfehlungen sind Schritte in diese Richtung.

1. Konsumfreie Begegnungsräume schaffen und dauerhaft finanzieren

Was wir beobachtet haben: Im Stadtteil Kalk gibt es viele spezialisierte Anlaufstellen – für Wohnungslose, für Drogenkonsumierende, für Kinder und Jugendliche, für Migrant:innen. Was fehlt, sind offene, konsumfreie Räume, in denen Menschen ohne Problemzuschreibung, ohne Anmeldung und ohne Kosten einfach zusammenkommen können.

Was die Stadt tun sollte:

- Schaffung und dauerhafte Finanzierung von mindestens einem konsumfreien Begegnungsraum pro Sozialraum, der explizit für offene Begegnungen – ohne Zielgruppenbindung – vorgesehen ist
- Keine Doppelnutzung durch Beratungs- oder Kursangebote, die den offenen Charakter einschränken
- Zugängliche Lage, barrierearmer Zugang, mehrsprachige Beschilderung
- Keine Anmeldepflicht, keine Konsumpflicht, offene Türen zu unterschiedlichen Tages- und Abendzeiten

2. Hauptamtliche Strukturen für Demokratieförderung und Beteiligungsarbeit sicherstellen

Was wir beobachtet haben: Kommunales Engagement wird fast ausschließlich von Ehrenamtlichen getragen – mit zu kleinen Zeitfenstern für echten Dialog. Menschen mit komplexen Lebenslagen brauchen mehr Zeit, mehr Wiederholung, mehr Vertrauen, als es ehrenamtliche Strukturen bieten können. Kurz befristete Projektförderungen zerstören aufgebautes Vertrauen und Netzwerke immer wieder von Neuem.

Was die Stadt tun sollte:

- Schaffung hauptamtlicher, dauerhaft finanzierter Stellen für Quartiersarbeit in stark belasteten Stadtteilen – keine Projektbefristungen unter drei Jahren
- Bezirksvertretungen mit hauptamtlicher Unterstützung ausstatten, damit Dialog mit Bürger:innen vorbereitet, nachbereitet und kontinuierlich begleitet werden kann
- Klare Regelung: Wer ist Ansprechperson für wen? Die Zuständigkeiten müssen für Bewohner:innen verständlich und zuverlässig sein
- Förderung von „inoffiziellen Quartiersmanager:innen“ – Menschen, die in der Nachbarschaft bekannt und vernetzt sind – durch Honorarverträge oder Minijobs, damit ihr Wissen und ihre Netzwerke anerkannt und genutzt werden

3. Beteiligungsformate entstigmatisieren und alltagsnah gestalten

Was wir beobachtet haben: Das Wort „Parlament“ löste Misstrauen aus. Politisch klingende Formate schrecken Menschen ab, die das Vertrauen in Institutionen verloren haben – nicht aus Desinteresse, sondern aus Erfahrung. Niedrigschwellig ist kein Formatting problem, sondern ein Machtproblem: Wer nicht weiß, wie die Miete bezahlt werden soll, kann nicht „einfach partizipieren“.

Was die Stadt tun sollte:

- Beteiligungsformate konsequent aus der Lebenswelt der Bewohner:innen heraus entwickeln – nicht von oben nach unten konzipieren
- Erprobung alltagsnaher Formate: Nachbarschaftsfrühstücke, Innenhofgespräche, Stadtteilspaziergänge als anerkannte Formen politischer Beteiligung
- Politische Veranstaltungen nicht ausschließlich in Rathäusern oder Amtsstuben, sondern dort abhalten, wo Menschen ohnehin sind: Nachbarschaftstreffs, Cafés, Schulen, Moscheen, Supermärkte
- Sprache vereinfachen: Verwaltungssprache und politisches Vokabular schließen aus – alle Kommunikation der Stadt sollte in Leichter Sprache und mehrsprachig verfügbar sein

4. Verdeckte Armut aktiv bekämpfen – Rechte proaktiv kommunizieren

Was wir beobachtet haben: Bis zu 60 % der Kölner:innen mit Anspruch auf Grundsicherung im Alter stellen keinen Antrag – aus Scham, Unwissenheit oder bürokratischen Hürden. Diese verdeckte Armut ist politisch produziert: durch komplizierte Antragsverfahren, fehlende Information und eine Kultur, die Armut als persönliches Versagen darstellt.

Was die Stadt tun sollte:

- Einführung eines aufsuchenden Beratungsansatzes: Sozialarbeiter:innen gehen aktiv in die Quartiere, statt auf Antragstellung zu warten
- Vereinfachung aller Antragsverfahren für Sozialleistungen – digital und analog, mehrsprachig, barrierefrei
- Aktive Öffentlichkeitskampagne der Stadt Köln: „Du hast Rechte. Wir helfen dir, sie einzufordern.“ – Entstigmatisierung des Leistungsbezugs als gesellschaftliche Aufgabe
- Schulung aller Mitarbeitenden im Jobcenter, im Sozialamt und in Beratungsstellen zu diskriminierungsfreier Kommunikation und zu den psychosozialen Belastungen von Armut

5. Lokale Medien und Informationsinfrastruktur stärken

Was wir beobachtet haben: Lokale Redaktionen werden ausgedünnt oder verschwinden ganz. Kalk wird fast ausschließlich als „Problemviertel“ dargestellt. Diese einseitige Berichterstattung verstärkt Stigmatisierung und verhindert, dass Bewohner:innen ihre Lebensrealität anerkannt sehen. Gleichzeitig fehlen niedrigschwellige, auch gedruckte Informationskanäle für Menschen ohne Internetzugang.

Was die Stadt tun sollte:

- Förderung lokaler, von Bewohner:innen gemachter Medien – Quartierszeitung, mehrsprachige Newsletter, Social-Media-Kanäle aus dem Stadtteil heraus
- Sicherstellung, dass städtische Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten, Wahlen und kommunalen Entscheidungen auch gedruckt und in einfacher, mehrsprachiger Sprache in den Quartieren verteilt werden
- Zusammenarbeit mit Initiativen vor Ort als Modell für andere Stadtteile: Quartierszeitungen als anerkanntes Instrument der Demokratieförderung fördern und finanzieren

6. Mietobergrenzen (KdU) an den realen Kölner Wohnungsmarkt anpassen

Was wir beobachtet haben: Die Diskrepanz zwischen KdU-Obergrenzen des Jobcenters und den tatsächlichen Marktmieten in Köln (bis zu 350 € Differenz pro Monat für eine 2-Personen-Wohnung) zwingt armutsbetroffene Menschen, entweder in unzumutbaren Wohnverhältnissen zu leben oder ihren Regelsatz für Wohnkosten aufzuwenden, der eigentlich für Nahrung, Kleidung und Teilhabe vorgesehen ist.

Was die Stadt tun sollte:

- Überprüfung und Anhebung der KdU-Obergrenzen auf Basis des aktuellen Kölner Mietspiegels – mindestens jährlich
- Kommunaler Wohnungsbau massiv ausbauen: Mehr Wohnungen in städtischer Hand, die dauerhaft zu sozialverträglichen Mieten vermietet werden
- Vorkaufsrecht für städtische Flächen konsequent nutzen, um Spekulation zu begrenzen
- Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht nehmen: Kooperationsverträge mit Sozialbindungsquoten von mindestens 30 % bei Neubauprojekten

7. Psychosoziale Versorgung ausbauen und barrierefrei gestalten

Was wir beobachtet haben: Viele Projektteilnehmende lebten in langanhaltend prekären Lagen, hatten Fluchterfahrungen, chronische Erkrankungen oder Verlusterfahrungen. Professionelle psychosoziale Unterstützung war für sie kaum erreichbar: lange Wartezeiten, fehlende Kultursensibilität, Sprachbarrieren, Kosten.

Was die Stadt tun sollte:

- Ausbau kultursensitiver, mehrsprachiger psychosozialer Beratungs- und Therapieangebote – kostenlos, ohne lange Wartezeiten, aufsuchend
- Finanzierung von psychosozialer Begleitung als fester Bestandteil von Quartiersprojekten – nicht als Zusatzleistung, sondern als Grundausstattung
- Kooperation zwischen sozialen Projekten und psychosozialen Fachstellen verbindlich verankern, damit niedrigschwellige Übergänge entstehen

8. Integrationskurse vollständig und dauerhaft finanzieren

Was wir beobachtet haben: Das Integrationshaus e.V. bietet Integrationskurse als zentralen Baustein für Teilhabe an. Der aktuelle Finanzierungsstopp des BAMF für freiwillig Teilnehmende (rund 130.000 Menschen bundesweit) trifft unmittelbar die Menschen, die wir in unserer Projektarbeit begleiten. Wir wissen, diese Forderung ist nur bundespolitisch zu lösen, aber wir erhoffen uns Druck von den Kommunen, die letztendlich die Kosten von fehlender Sprachkursteilnahme vor Ort tragen werden.

Was die Stadt tun sollte:

- Politisch auf Bundes- und Landesebene dafür einsetzen, dass Integrationskurse vollständig und ohne Zulassungsstopps finanziert werden
- Auf Landesebene (NRW) ergänzende Förderprogramme schaffen, die Finanzierungslücken des BAMF auffangen
- Lokale Träger durch städtische Kofinanzierung unterstützen, wenn Bundesförderung wegfällt

PROJEKTHANDBUCH „DEINE STIMME ZÄHLT!“



**Kalkerinnen und Kalker in
Zusammenarbeit mit dem
Integrationshaus e.V.**